

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 25. März 2021

Martin Habersaat:

Jüdisches Leben ist fester Bestandteil unserer Gesellschaft

TOP 13: Berichts Antrag zu den Planungen der Landesregierung anlässlich 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland (Drs. 19/2786)

„Ich bedanke mich bei Frau Ministerin Prien und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Bericht über die Planungen der Landesregierung zur Beteiligung unseres Landes an dem bundesweiten Festjahr „321: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“.

Wir haben im Februar einstimmig einen interfraktionellen Antrag der SPD, des SSW und der Koalitionsfraktionen verabschiedet. Darin haben wir auf die Ambivalenz der Geschichte der Jüdinnen und Juden in Deutschland hingewiesen, auf das Nebeneinander kultureller und gesellschaftlicher Gemeinschaft einerseits und religiös motivierter Judenfeindschaft, „rassistisch“ begründetem Antisemitismus, bis hin zu Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung andererseits. Ja, wir müssen uns tagtäglich mit allen Formen des Antisemitismus auseinandersetzen und diejenigen schützen, die von Feinden der Jüdinnen und Juden, seien sie Nazis oder Islamisten, bedroht werden. Wir haben aber in der Vergangenheit viel zu wenig Aufmerksamkeit auf die Normalität jüdischen Lebens in Deutschland gerichtet. Das ist mir bei der Erarbeitung des Antrages deutlich geworden, bei der ich im Gespräch mit den jüdischen Gemeinden in Kiel und Lübeck war. Grüße gehen raus nach Flensburg, Bad Segeberg, Ahrensburg, Elmshorn und Pinneberg - auch an Ihren Ideen sind wir natürlich sehr interessiert. Ich wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, das Laubhüttenfest als Teil des jüdischen Lebens für Schülerinnen und Schüler erfahrbar zu machen - mit anfassbaren, begehbaren Laubhütten, die als Ort des Austauschs dienen könnten. Mir wurde dabei deutlich, wie wenig an Grundkenntnissen über die jüdische Kultur und ihre Traditionen bei den allermeisten von uns verwurzelt ist. Ich vermute, dass viele von uns heute mehr über Glauben und Traditionen der Muslime wissen, die in größerer Zahl erst seit dem 20. Jahrhundert in Deutschland leben, als über die Traditionen der Juden, deren Leben auf dem Gebiet, das heute Deutschland ist, seit dem vierten Jahrhundert dokumentiert ist.

Mit Recht fordern die Jüdinnen und Juden von der deutschen Gesellschaft, sie nicht ausschließlich als Opfer des Antisemitismus wahrzunehmen, sondern als ganz normale kulturelle und religiöse Gruppe. Es gibt viele Möglichkeiten, sich über das jüdische Leben in Vergangenheit und Gegenwart zu informieren. Aber leider werden diese Möglichkeiten zu

wenig genutzt. Schauen wir nur einmal nach Rendsburg: Die fast durchweg rückläufigen Besucherzahlen im dortigen Jüdischen Museum sind alarmierend, trotz aller Bemühungen der Museumsleitung. Hier wirkt sich Covid19 besonders verheerend aus, weil die Besucherfrequenzen sich in den Corona-Jahren nicht erholen können.

Dass die Landesregierung in Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten Herrn Carstensen und den jüdischen Verbänden und Gemeinden für das Gedenkjahr 2021 eine Reihe von Aktivitäten vorbereitet, unterstützen wir selbstverständlich. Aber das Gedenkjahr wäre verschwendet, wenn es nicht nachhaltig bliebe. Und da sehe ich uns alle in der Verantwortung: Landtag, Regierung und natürlich den Landesbeauftragten. Wir alle tragen gemeinsam mit den jüdischen Gemeinden und Verbänden die Verantwortung dafür, dass jüdisches Leben in Deutschland keine abgeschirmte Nischenexistenz hinter hohen Mauern und kugelsicheren Pforten führt, sondern für alle Menschen erfahrbar bleibt. Man muss sich kennen, um sich zu verstehen. In der Zeitschrift „Das Parlament“ geht es in der Ausgabe vom 22. März im Schwerpunkt um das Festjahr. Eine Überschrift dort lautet „Hass gegen Unbekannt“. Gegen den Hass kann etwas tun, wer gegen die Unbekanntheit vorgeht. Über weitere Schritte sollten wir im Bildungsausschuss sprechen.“